

FRAKTIONSINFO

Nr. 3, September 2010

Regionalverband, Städte und Kommunen in Not Vorschläge der Linken in der Finanzkrise

Die Beschlüsse der Bundes- und Landesregierung bescheren der Großregion Regionalverband Saarbrücken immer größere Probleme. Laut saarländischer Verfassung gewährleistet das Land Gemeinden und Gemeindeverbänden eine Finanzausstattung zur Ermöglichung einer angemessenen Aufgabenerfüllung. Dies muss mehr als eine existenzsichernde Mindestausstattung sein, damit das Spektrum sowohl der freiwilligen als auch der Pflichtaufgaben bewältigt werden kann. Soweit die Theorie.

Steigende Energiekosten belasten Vereine

Viele Vereine, Verbände und lokale Initiativen mit ihrer Kinder- und Jugendarbeit haben in Sportstätten und Hallen mit steigenden Energiekosten zu tun und müssen dann auch noch Kürzungen bei den Zuwendungen verkraften. Hier werden das gemeinschaftliche Miteinander und das ehrenamtliche Engagement gefährlich torpediert. DIE LINKE fordert den Verzicht auf Steuersenkungen, da sie die kommunalen Haushalte ruinieren. Notwendig sind zudem eine Gemeindefinanzreform und eine Entschuldung von Kommunen in strukturschwachen Gebieten. Freiberufler müssen in die Gewerbesteuerpflicht einbezogen werden.

Fazit: „Die finanzielle Autonomie der Kommunen bildet das Fundament bürgerlicher Freiheit und demokratischer Selbstorganisation.“ Das Primat der Politik und damit die Interessenvertretung der Bürger sind allerdings stark gefährdet. DIE LINKE fordert, diejenigen heranzuziehen, die die Wirtschafts- und Finanzkrise verursacht haben. Die Politik muss wegkommen von einer reinen Klientelpolitik hin zu konkreten Verbesserungen für die Menschen. Rücknahme der Steuerermäßigungen für Hotel- und Gaststättengewerbe, Einführung einer Millionärssteuer, Erhöhung des Spitzensteuersatzes (unter Helmut Kohl 53 %), Erhebung einer Finanztransaktionssteuer und Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes sind nur einige Instrumente, mit denen eine Einnahmeverbesserung des Staates erzielt werden kann.

Jürgen Trenz
(Fraktionsvorsitzender)

In der Praxis werden der kommunalen Ebene immer mehr Aufgaben zugewiesen, ohne dass Bund und Land einen finanziellen Ausgleich leisten. Beispiel: **Kosten der Unterkunft.** Hier wurde 2010 der Bundesanteil an den Gesamtkosten auf 23 % gekürzt und das bei steigenden Kosten für den Regionalverband. Durch eine verfehlte Politik (Hartz IV) steigen auch in unserer Region die sozialen Probleme. Die Mehrausgaben belasten die Haushalte von Kreisen und Kommunen immer stärker. In der Folge versuchen viele, durch Einsparungen bei freiwilligen Ausgaben einerseits und Steuer- und Gebührenerhöhungen (Beispiel Grundsteuer B) andererseits, die Haushalte zu sanieren. Ein hoffnungsloses Unterfangen, das nur Kosmetik für die Öffentlichkeit darstellt.



SOZIALPASS – jetzt!

Podiumsdiskussion im Schloss

Zur Einführung eines Ermäßigungsausweises für Menschen mit geringem Einkommen

Mittwoch, 22. September, um 18 Uhr
Saarbrücken, Schlosskeller
anschl. kleiner Umtrunk

Es diskutieren:

- **PETER GILLO**
(Regionalverbandsdirektor)
- **Geschäftsführer des saarVV**
- **MARIE LOUISE MAIS**
(stv. Vorsitzende) ver.di Landeserwerbslosenausschuss RLP/Saar
- **KLAUS ERNST, MdB**
DIE LINKE (Parteivorsitzender)
- **THOMAS LUTZE, MdB**
DIE LINKE. Saar
(Verkehrspolitischer Sprecher)

Begrüßung: Jürgen Trenz

Einführung: Manfred Klasen

Moderation: Stephan Deppen, SR



Café Exodus muss bleiben!

Jugend protestiert vorm Schloss

Anlässlich des Besuches von Bischof Ackermann im Juni wehrten sich Jugendliche mit einer kreativen Aktion gegen die Sparpläne des Bistums. Diese sehen unter anderem die Schließung des multinationalen Jugendtreffs Café Exodus in der Innenstadt Saarbrückens zum Jahresende vor.



Mit Plakatwänden, T-Shirts und einer Sandwüste wehrten sich die Jugendlichen gegen das Austrocknen der kirchlichen Jugendarbeit



Jürgen Trezn und Dagmar Trezn informieren sich bei Exodusleiter Martin Bauer (Mitte)

Inobhutnahme: Raus aus der Familie

Bei jedem dritten Jugendlichen im Saarland auf eigenen Wunsch

In den vergangenen Haushaltsberatungen gerieten die steigenden Kosten in der Jugendhilfe ins Visier der Kommunalpolitiker. Insbesondere die teuren Inobhutnahmen wurden für die Erhöhung der Kreisumlage mitverantwortlich gemacht und ihre Notwendigkeit auch schon mal in Frage gestellt. Fakt ist, dass das häufigere Eingreifen der Jugendämter kein regionales, sondern ein bundesweites Phänomen ist. Zwei Gruppen fallen dabei auf, deren Anzahl stark angestiegen ist: zum einen minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge, die quasi automatisch in Obhut genommen werden. Sie machten 10 Prozent der 145 Inobhutnahmen aus, die es im ersten Halbjahr 2010 im Regionalverband gegeben hat. Davon war der größte Teil jugendliche Kriegsflüchtlinge aus Afghanistan. Auffallend ist zum anderen eine zweite Gruppe: Jugendliche im Alter zwischen 14 – 18

Jahren, deren Anzahl an den Inobhutnahmen rasant gestiegen ist. Im vergangenen Jahr machten sie 2/3 aller Inobhutnahmen im Saarland aus

Familien in der Pubertätskrise

Es gibt eine deutliche Tendenz, dass Familien immer weniger mit ihren pubertären Kindern zurechtkommen und sich dies auf alle gesellschaftlichen Schichten verteilt. Neben den Auswirkungen von psychischen Problemen und Suchterkrankungen spielt auch die „Wohlstandsverwahrlosung“ eine Rolle. In diesen Familien fehlt es den jungen Menschen zwar nicht an materiellen Dingen, sehr wohl aber an Zuwendung und Zeit. Mögliche Ursachen für die Schwierigkeiten

gerade in dieser Lebensphase sind die Auflösung der traditionellen Familienstrukturen, geringer werdende Ressourcen von Familien und der zunehmende Druck in der Schule und am Arbeitsplatz sowie die zurückgehende soziale Unterstützung in Politik und Gesellschaft.

Frühe Hilfen auch für Jugendliche

Notwendig ist, dass alle, die mit Jugendlichen umgehen, sensibilisiert sind und frühe Anzeichen der Destabilisierung erkennen. Handlungsfelder für Politik und Gesellschaft liegen unter anderem darin, ein Frühwarnsystem auch für Jugendliche zu schaffen. Dazu gehören die Stärkung der Ressourcen von Ein-Eltern-Familien, Patenschaftsmodelle für junge Heranwachsende zu initiieren, aber auch männliche Vorbilder schon in der Kindheit wie z. B. im Kindergarten, Grundschule und Sozialarbeit.

Dagmar Trezn (Jugendhilfeausschuss)



© Konstantin Gastmann/pixelio.de

Rechtslage:

Die Inobhutnahme ist ein feststehender Rechtsbegriff nach dem KJHG §§ 42, 43. Danach muss das Jugendamt Kinder und Jugendliche in Krisen- und Gefahrensituationen entweder auf eigenen Wunsch oder aufgrund von Beobachtungen Dritter kurzfristig aus ihren Familien holen. Da dies ein schwerwiegender Eingriff in das Elternrecht ist, entscheidet das Familiengericht bei Widerspruch.

Mietkosten für Hartz-IV-Bezieher Investitionen in energetische Sanierung notwendig

Die Unterkunftskosten für ALG-II-Empfänger werden in Höhe der tatsächlichen Kosten erbracht, soweit diese angemessen sind. So bestimmt es § 22 SGB II. Als Orientierungsmaßstab gelten Richtwerte, von denen im Einzelfall abgewichen werden kann. Nicht jede Unterkunft unterhalb des Richtwertes kann jedoch als angemessen für den Mieter bezeichnet werden. Angemessenheit bedeutet auch, dass eine Wohnung zeitgemäßen Mindeststandards entsprechen muss wie etwa Mindestgröße, eigener Sanitärbereich mit Bad sowie eine gängige Heizanlage und Isolierung.

In der Praxis werden gerade für nicht zeitgemäße Unterkünfte besonders hohe Warmmieten (ab 11 Euro pro Quadratmeter) finanziert. Grund ist teilweise die verbreitete Praxis der Orientierung an der Netto-Kaltmiete. Eine fehlende Isolierung oder eine

Elektroheizung führen dann nicht selten zu Heizkosten, die um ein Vielfaches über dem Durchschnitt liegen. Wohnungssuchende Langzeitarbeitslose haben oft nicht die Wahl und Vermieter, die mit nicht zeitgemäßem Wohnraum durch entsprechend kleine Wohnfläche hohe Quadratmetermieten erzielen können, werden wohl kaum motiviert sein, in preiswerten Wohnraum und energetische Sanierung zu investieren. Die Bereitstellung solcher Wohnungen zu vernünftigen Preisen ist eine wichtige Aufgabe kommunaler Wohnungsunternehmen, die sich mittelfristig auch für die Kommunen lohnt. Dann nämlich, wenn sie die Kosten der Unterkunft und der Heizung senken, die indirekt über die Regionalverbandsumlage finanziert werden muss.

*Mike Botzet
(Sozialausschuss)*

Politische Entscheidung liegt bei der Regionalversammlung Option oder Jobcenter?

Weitgehend unbeachtet von der öffentlichen Meinung tobt derzeit der Streit über die Frage, ob der Regionalverband die alleinige Verantwortung für Langzeitarbeitslose übernehmen soll. Die Alternative ist die Fortführung der Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit in Form der neuen Jobcenter. Die Verwaltung des Regionalverbandes möchte die alleinige Verantwortung, weil sie – wie sie sagt – näher an den Problemen dran sei. Die Bundesagentur verweist auf die Vorteile der gemeinsamen Verantwortung, betont ihre Vermittlungskompetenz und weist auf die finanziellen Risiken für die Landkreise hin.

Die Frage der zukünftigen Organisation erhitzt aber auch die Gemüter bei den Personalvertretungen. Unter Wahrung der jeweiligen Interessen ist der Personalrat des Regionalverbandes strikt für die Optionslösung, während der Personalrat der Bundesagentur sich

für die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung ausspricht.

Die Interessen der Langzeitarbeitslosen und ihrer Familien, insgesamt fast 40.000 Menschen, bleiben in der Argumentation der Verwaltung weitgehend unbeachtet. Hier ist DIE LINKE. Fraktion diejenige, die diese Lücke schließt.

Wie die Entscheidung in der Regionalversammlung auch immer ausfallen wird, es bleibt zu hoffen, dass neben den verwaltungstechnischen und finanziellen Argumenten insbesondere die Lebensinteressen der Beschäftigten und der Langzeitarbeitslosen Beachtung finden. Die letztendliche Entscheidung, welcher Landkreis Optionskommune wird, liegt im Übrigen bei der Landesregierung.

*Manfred Klasen
(Arge-Lenkungsgremium)*

Velo SaarMoselle



Start in Petite Rosselle vor dem Grubenmuseum

Unsere Fraktion hatte zur Teilnahme an der Velo SaarMoselle eingeladen. Gemeinsam mit Sigurd Gilcher, Manfred Klasen und Angela Rösel ging die Fahrradtour vom Grubenmuseum in Petite Rosselle entlang der Rossel über Großrosseln nach Völklingen. Begleitet wurde die Truppe unter anderem von zwei Landtagsabgeordneten sowie Harald Schindel, Sicherheits- und Sportdezernent in Saarbrücken.



Ankunft in Völklingen

Newsletter

Unser Antrag für einen bürgerfreundlichen Newsletter des Regionalverbandes wurde von den Mitgliedern der „wilden Ehe“ aus CDU und SPD wie befürchtet abgelehnt. Er sollte die parlamentarische Arbeit transparenter machen. Was in der Stadt Saarbrücken und im Landtag selbstverständlich ist, wurde nur noch von der FDP mitgetragen bei Enthaltung der Grünen.

◀ Service

Privates Konto vor Pfändung schützen

Der bargeldlose Zahlungsverkehr ist heute eine Selbstverständlichkeit. Dennoch gibt es bis dato keinen gesetzlichen Anspruch auf ein Girokonto für jedermann. Viele



Überweisungen – seien es Miete, Strom oder Telefon – werden ohne Girokonto zu einer teuren und auch diskriminierenden Angelegenheit für die Betroffenen. Damit verschuldete Haushalte nicht durch Pfändung ihres privaten Kontos noch tiefer in die Schuldenfalle geraten, gibt es

seit Juli das sogenannte P-Konto. Jedes schon vorhandene Konto kann in ein pfändungsfreies Konto umgewandelt werden. Danach ist für Alleinstehende ein Sockelguthaben von 985,15 Euro pro Kalendermonat automatisch vor Gläubigern geschützt. Dieser Mindestbetrag erhöht sich, wenn weitere Unterhaltsberechtigte zum Haushalt gehören auf maximal 2.182,15 Euro monatlich. Bei der Sparkasse Saarbrücken zum Beispiel wird das P-Konto gebührenfrei eingerichtet, die Führung des Kontos kostet jedoch 2,50 Euro im Monat.

Erste Schwierigkeiten ergeben sich daraus, dass Sozialleistungen am Ende des Monats für den darauf folgenden Monat gezahlt werden, dieses Geld aber im auslaufenden Monat

noch gepfändet wird. Die Schuldnerberatungsstelle Berlin empfiehlt hier einen „Antrag auf Bereinigung des sogenannten Monatsanfangsproblems“ zu stellen. Ein Musterantrag steht sich im Internet unter www.gegenhartz.de/nachrichtenueberhartziv/hartz-iv-monatsanfangsproblem-beim-p-konto-299.php

Generell kann jeder Kontoinhaber ein P-Konto einrichten lassen, allerdings sollte man wissen, dass dies der Schufa gemeldet wird und sich auf die Kreditwürdigkeit auswirken kann. **Nähere Infos erteilt die Schuldnerberatungsstelle des Regionalverbandes, Tel. (06 81) 506 - 50 10, oder die Verbraucherzentrale des Saarlandes, Tel. (06 81) 540 19.**

Dagmar Trenz

◀ Service

Kunst & Kultur zu ermäßigten Preisen



Insbesondere Menschen mit geringen Einkommen sind häufig vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, da sie sich die Eintrittsgelder für Kultur- und Freizeiteinrichtungen und kostenpflichtige Veranstaltungen nicht leisten können.

Nur wenig bekannt sind die Vergünstigungen, die etwa das **Weltkulturerbe Völklinger Hütte** bietet. Jeden Dienstag, ab 14.00 Uhr, ist der Ein-

tritt frei. Sinnvoll und nützlich sind auch die Vergünstigungen, die der **Museumspass Ticket SaarMoselle** im Saarland und den angrenzenden Bereichen in Lothringen und Rheinland-Pfalz bietet. Der kostenlose Pass des neu gegründeten Eurodistrikts ist u. a. beim Tourismusbüro des Regionalverbandes im Saarbrücker Schloss erhältlich. Kaum bekannt ist auch der „**Kunst-umsunst**“ **Ausweis** für Arbeitslose, der auf eine Initiative der „Arbeit und Kultur Saarland GmbH“ zurückgeht. Mit dem Pass können nicht verkaufte Eintrittskarten für Veranstaltungen, etwa des Staatstheaters oder des Kinder- und Jugendtheaters Überzwerg, kostenlos erstanden werden. Den kleinen gelben Ausweis gibt es u. a. bei der Bundesagentur für Arbeit und der ARGE. Weitere Infos dazu unter Telefon (06 81) 417 06 71.

Obwohl all diese Vergünstigungen die Teilhabe an der Gesellschaft erleichtern können, führt kein Weg an dem von der Fraktion DIE LINKE. im Regionalverband geforderten „**Sozialpass**“ vorbei. Für Bus und Bahn, für Bäder,

Zoo etc. gibt es zurzeit regionalverbandsweit keinerlei Ermäßigungen für Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten. Ermutigend sind die Initiativen für einen Sozialpass, die derzeit in der Stadt Saarbrücken, auf Initiative der LINKEN, ergriffen werden. In Sulzbach besteht bereits ein Sozialpass mit städtischen Angeboten. Initiativen die regionalverbandsweit Schule machen sollten!

Manfred Klasen
(Stv. Fraktionsvorsitzender)

IMPRESSUM:

V.i.S.d.P.: Jürgen Trenz, Kettelerstraße 2, 66299 Friedrichsthal

Redaktion: Manfred Klasen, Dagmar Trenz

Fraktion DIE LINKE. im Regionalverband Saarbrücken

Angela Rösel (Geschäftsführerin)
Saarbrücker Schloss, 66119 Saarbrücken

Tel. (06 81) 506 - 89 00

Fax (06 81) 506 - 89 99

E-Mail: info@dielinke-regionalverband.de
Internet: www.dielinke-regionalverband.de